

DIE LINKE. Bezirksfraktion Altona

Hamburg, 24.01.2024

Keine Post mehr in der Altonaer Poststraße

Für Kund:innen der Postbank in der Altonaer Poststraße gab es Mitte November 2023 eine unangenehme Überraschung: Der Bank- und Postservice sind vorläufig geschlossen, angeblich wegen einer Taubenplage. Auch dem Postservice in der Postbankfiliale „Luruper Hauptstraße“ droht das Aus: Voraussichtlich ab dem 2. Quartal 2024 sollen dort keine Postdienstleistungen mehr angeboten werden. Möglicher Hintergrund ist, dass im nächsten Schritt die Postbankfilialen komplett aufgegeben werden sollen. Der Deutsche-Bank-Konzern, zu dem die Postbank gehört, will Presseberichten zufolge in den nächsten Jahren bundesweit rund 250 Postbank-Filialen schließen. Postbank und Deutsche Post DHL sind Nachfolgeunternehmen der Anfang der 1990er Jahre privatisierten staatlichen Deutschen Bundespost. Mit der Postreform wurden alle Postdienstleistungen privatisiert und für den Markt geöffnet. Die Folgen dieser europaweiten neoliberalen Politik erleben die Kund:innen in den vergangenen Jahren drastisch: Immer mehr Poststandorte werden geschlossen, trotz zahlreicher Proteste. Die entstandenen Versorgungslücken können durch Postservicestellen kleinerer Gewerbetreibender nur unzureichend ersetzt werden, erklärt Karsten Strasser, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona: „Die neoliberale Umgestaltung hat für viele seither im Postsektor Beschäftigte zu Einkommensverlusten und Prekarisierung der Arbeitsbedingungen geführt. Außerdem hat der Staat seine Möglichkeit eingebüßt, als Eigentümer des Postbetriebs unmittelbar die Qualität der Postdienstleistungen beeinflussen zu können.“

Wie können sich Postkund:innen wehren? Die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung Altona hat einen Antrag eingebracht, demzufolge das Bezirksamt aufgefordert wird, einen aussagekräftigen Flyer zu veröffentlichen, in dem die Einwohner:innen über ihr Beschwerderecht bei der Bundesnetzagentur informiert werden. Weiterhin wird der Senat der Hansestadt aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Bundesnetzagentur das Recht erhält, zukünftig Postdienstleister bei „mangelhafter Aufgabenerfüllung oder fehlerhafter Leistungserbringung“ mit einer Geldbuße zu belegen.